

Protokoll

des Einwohnerrats Zofingen

Amtsperiode 2022–2025

3. Sitzung 2023

Datum	Montag, 11. September 2023
Zeit	18.00–21.20 Uhr
Ort	Stadtsaal

Vorsitz	Dr. Christian Nöthiger, Ratspräsident
Protokollführer	Patrick Siegrist, Ratssekretär

Anwesend

37 Mitglieder des Einwohnerrats

Burkard Karin (Grüne), Einwohnerrätin⁷
Freiermuth Maja (FDP/ZM), Einwohnerrätin
Fumagalli Carla (glp), Einwohnerrätin
Gfeller Markus (SVP), Einwohnerrat^{6, 7}
Graf Michèle (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin
Guyer Gian (Grüne), Einwohnerrat^{6, 8}
Gygax Attila (glp), Einwohnerrat⁷
Gygax Daniel (FDP/ZM), Einwohnerrat^{6, 8}
Hauri Hansrudolf (SVP), Einwohnerrat^{6, 8}
Hostettler Matthias (Grüne), Einwohnerrat²
Hottiger Tobias Dr. (FDP/ZM), Einwohnerrat
Keller Thomas (FDP/ZM), Einwohnerrat⁷
Kirchhofer André Dr. (FDP/ZM), Einwohnerrat⁵
Koechlin Ronni (FDP/ZM), Einwohnerrat
Kunz Silan (SP), Einwohnerrätin (*ab 19.00 Uhr*)
Kremer Franziska (SP), Einwohnerrätin^{6, 7, 8}
Lehmann Yvonne (SP), Einwohnerrätin

Lerch Raphael (SVP), Einwohnerrat⁵
 McNaught Salome (SP), Einwohnerrätin
 Müller Maik (FDP/ZM), Einwohnerrat^{3, 4, 6}
 Negri Marco (SVP), Einwohnerrat⁵
 Nöthiger Christian Dr. (SP), Einwohnerrat^{1, 4, 7}
 Plüss Andrea Dr. (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin⁶
 Schifferle Zeno (EVP-Die Mitte), Einwohnerrat
 Schindler René (SVP), Einwohnerrat
 Schürch Claudia (EVP-Die Mitte), Einwohnerrätin^{5, 7, 8}
 Senn Ammann Yolanda (Farbtupfer), Einwohnerrätin
 Sjöberg Anders Dr. (glp), Einwohnerrat^{5, 6}
 Sommer Alice (Grüne), Einwohnerrätin
 Sommer Hans Rudolf (SP), Einwohnerrat⁵
 Studer Yves (SVP), Einwohnerrat³
 Szedlák Stéphanie (EVP-Die Mitte)
 Wacker Michael (SP), Einwohnerrat^{5, 6}
 Willisegger Barbara (SVP), Einwohnerrätin⁷
 Wyss Flavio (FDP/ZM), Einwohnerrat
 Zinniker Béatrice (FDP/ZM), Einwohnerrätin^{5, 7}
 Zobrist Luc (FDP/ZM), Einwohnerrat

Entschuldigt

Borer Adrian Dr. (glp), Einwohnerrat⁸
 Friderich Corina (Grüne), Einwohnerrätin⁵
 Hoffmann Lena (Grüne), Einwohnerrätin⁴

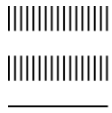
Legende

¹Präsident
²Vizepräsident
³Stimmzähler/in Büro ER
⁴Stimmzähler/in Wahlbüro
⁵Mitglied FGPK
⁶Mitglied Spezialkommission Revision Gemeindeordnung
⁷Mitglied Spezialkommission Oberstufenzentrum
⁸Fraktionspräsident/in

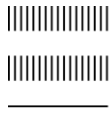
Verteiler

Mitglieder des Einwohnerrats
 Mitglieder des Stadtrats

Publiziert am 12. Dezember 2023 auf www.zofingen.ch.



Traktanden	Seite
1. Inpflichtnahme von Zeno Schifferle (Die Mitte) als Einwohnerrat	186
2. Mitteilungen	186
3. Einbürgerungen ER.2023.021–024	187
<i>Hinweis: 90 Tage nach der Sitzung werden die veröffentlichten Personendaten der gesuchstellenden Personen entfernt (§ 5 KBüV)</i>	
4. ER.2023.020 Zusammenschluss Werke der Gemeinden Oftringen, Rothrist, Vordemwald und Zofingen	188
5. ER.2023.019 Feuerwehr – Verpflichtungskredit Ersatzbeschaffung Tanklöschfahrzeug Stützpunktfeuerwehr	191
6. ER.2023.010.2 Plan Lumière ausserhalb der Altstadt – Verpflichtungskredit Teil Strassenbeleuchtung; überarbeitete Vorlage	193
7. ER.2023.025 Ringmauergasse – Zusatzkredit zum Verpflichtungskredit für die Sanierung, Erneuerung sowie Instandstellung Strassenentwässerung (GK 203, ER-Sitzung vom 25. Oktober 2021)	201
8. ER.2022.051 Postulat von Luc Zobrist (FDP) vom 24. Oktober 2022 betreffend "Vereinfachung des Bewilligungsverfahrens von Veranstaltungen"; Haltung Stadtrat	208
9. Umfrage	209



Traktandum 1 – Inpflichtnahme

Christian Nöthiger, Ratspräsident

Der Ratspräsident begrüsst alle Anwesenden zur heutigen Sitzung.

Die zur Diskussion gestellte **Traktandenliste** wird ohne Änderungen **genehmigt**.

Es steht die Inpflichtnahme von Zeno Schifferle (Die Mitte) als Einwohnerrat an. Der Präsident begrüsst Zeno Schifferle als neues Mitglied im Rat.

Zeno Schifferle wird aufgefordert, vor den Stadtrat zu treten. Die Gelübdeformel wird durch den Ratssekretär vorgelesen. Die Anwesenden werden gebeten, dazu aufzustehen.

Gemäss § 2 des Geschäftsreglements des Einwohnerrats wird das anwesende neue Mitglied des Einwohnerrats vom Vorsitzenden mit folgendem Gelübde, welches vom Ratssekretär verlesen wird, in Pflicht genommen:

"Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrats die Ehre und die Wohlfahrt der Stadt Zofingen zu fördern und gemäss den Verfassungen und Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln."

Das Amtsgelübde wird von Zeno Schifferle durch Nachsprechen der Worte "Ich gelobe es" geleistet. Er ist damit in Pflicht genommen und kann seine Tätigkeit aufnehmen.

Traktandum 2 – Mitteilungen

Christian Nöthiger, Ratspräsident

Für die heutige Sitzung haben sich Adrian Borer, Corina Friederich und Lena Hoffmann entschuldigt. Silan Kunz trifft später ein.

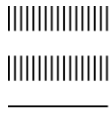
Der Rat ist nach der Inpflichtnahme von Zeno Schifferle **mit 36 Mitgliedern verhandlungsfähig**.

Es erfolgt der Hinweis, dass Abmeldungen, verspätetes Eintreffen und vorzeitiges Verlassen der Sitzung dem Ratsbüro gemeldet werden muss (Gesch Regl ER 15 Abs. 2) sowie auf einen raschen Umlauf der Präsenzliste und Retournierung ans Ratsbüro zwecks Präsenzkontrolle.

Das **Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 19. Juni 2023** wurde am 14. August 2023 verschickt. Innerhalb der jeweils 10-tägigen Frist sind keine Änderungsbegehren eingegangen. Das Protokoll gilt somit als genehmigt.

Ton- und Bildaufnahmen sind nur für akkreditierte Journalisten/Journalistinnen zulässig, nicht aber für die übrigen Personen auf der Tribüne.

In der Spezialkommission Gemeindeordnung bestehen aufgrund der Rücktritte von Sandra Olar (SP) und Pascal Stenz (FDP) aktuell zwei Vakanzen. Gemäss Verteilschlüssel haben die beiden Parteien Anspruch auf Ersatzmitglieder. Die Fraktionen der SP und FDP haben als Nachfolgende Yvonne Lehmann und Maik Müller nominiert. Das Büro des Einwohnerrats hat die beiden Personen als neue Mitglieder der Spezialkommission Gemeindeordnung bestätigt.



Als **Tischauflage** liegen ein Flyer des Kunsthhauses Zofingen, des Spittelhofs und von Musik & Theater auf.

Es wird auf die Infoveranstaltung IT-Strategie am Mittwoch, 27. September 2023, 18.30 Uhr im Kustoreisaal hingewiesen. Eine E-Mail mit Anmeldung folgt.

Folgender parlamentarischer Vorstoss ist neu eingegangen:

Motion von Tobias Hottiger (FDP) betreffend regionale Koordination von Sportanlagen

Das Büro des Einwohnerrats hat den an der letzten Einwohnerratssitzung eingereichten Antrag auf Überarbeitung des Geschäftsreglements des Einwohnerrats geprüft und entgegengenommen. Die Überarbeitung soll partizipativ erfolgen. Das Büro wird dann eine entsprechende Vorlage ausarbeiten und diese dem Einwohnerrat auf die Sitzung vom 18. März 2024 zur Abstimmung unterbreiten.

Traktandum 3 – Einbürgerungen

ER.2023.021–024

Eintreten ist nicht bestritten.

Raphael Lerch, Referent FGPK

Die Einbürgerungskommission hat alle Gesuche geprüft und für in Ordnung befunden. Die Kommission empfiehlt dem Einwohnerrat, allen Kandidierenden das Gemeindebürgerrecht von Zofingen zuzusichern.

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmungen

ER.2023.021

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

ER.2023.022

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

ER.2023.023

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

ER.2023.024

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

Die Einbürgerungen erfolgen unter Vorbehalt der Zustimmung des Grossen Rats des Kantons Aargau.

Traktandum 4**ER.2023.020****Zusammenschluss Werke der Gemeinden Oftringen, Rothrist, Vordemwald und Zofingen**

Eintreten ist nicht bestritten.

Michael Wacker, Referent FGPK

Die Vorlage ist mit 119 Seiten sehr umfangreich dokumentiert. Für alle hier im Einwohnerrat ist eine seriöse Prüfung fast unmöglich. Es benötigt dazu viel Fachwissen juristischer und unternehmerischer Art. Viel Arbeit wurde in dieses Projekt investiert. Der Einwohnerrat muss nun das "Go" geben für das weitere Vorgehen und das Vertrauen in die beteiligten Personen des Projekts. Der Konsens in der FGPK war, dass man dieses Vertrauen haben kann. Nichts machen wäre ein Rückschritt. Mit dieser Fusion stärken wir die Region und schaffen ein nachhaltiges, lokal verankertes Unternehmen. Die Wertschöpfung in diesem Markt wird in der Region behalten. Die Zukunft ist wichtig und nichts ist besser als sie proaktiv zu gestalten. Das Geschäft war in der FGPK allerdings unbestritten und es gab diesbezüglich wenige Fragen. Es wird einstimmig zur Annahme empfohlen.

Anders Sjöberg, Fraktionsvotum glp

Die GLP ist überzeugt, dass der Zusammenschluss der Elektrizitäts- und der Wasserwerke die richtige Strategie für die Region ist. Im Strommarkt ist aktuell die Grösse entscheidend. Durch den Zusammenschluss stärken wir die Überlebenschancen der regionalen Werke. Im Grundsatz will die GLP die Regionalität der Werke bewahren und vermeiden, dass einzelne Werke mit der Zeit durch grössere, nicht regionale Firmen geschluckt werden.

Die Realisierung der Fusion ist komplex, aber die GLP hat sich überzeugen lassen, dass die Fusion gut vorbereitet ist und durch Experten geprüft wurde. Die GLP ist daher zuversichtlich, dass die beteiligten Gemeinden die Umsetzung der Fusion gut meistern werden.

Die GLP kritisiert jedoch, dass die Dienstleistungen im regionalen Werk integriert und nicht ausgelagert werden. Der Dienstleistungsbetrieb steht so in direkter Konkurrenz zum regionalen Gewerbe. Es ist nicht Kernkompetenz der Gemeinden, diese Dienstleistungen anzubieten und das Risiko eines unfairen Wettbewerbs ist vorhanden. Es wird erwartet, dass das neue regionale Werk so organisiert sein wird, dass für den Dienstleistungsbetrieb keine Wettbewerbsvorteile entstehen, und dass die Gemeinden dies regelmässig prüfen.

Gian Guyer, Fraktionsvotum Grüne

Die Gemeinden Oftringen, Rothrist, Vordemwald und Zofingen möchten gerne ihre Werke zusammenschliessen. Es sollen drei neuen Gesellschaften entstehen: Die Regionale Energie-, Wasser- und Fernwärme AG. Zuerst zur regionalen Energie AG: Die Versorgungssicherheit beim Strom und bei der Wärme ist ein aktuelles Thema. Die Strompreise steigen, auch gerade auf nächstes Jahr.

Weiter steht man vor der grossen Herausforderung, bis 2050 mit Strom und Wärme CO₂ neutral unterwegs zu sein. Bei diesen grossen Herausforderungen leuchtet es ein, dass drei kleine Werke das nicht alleine bewältigen können. Weil der Strommarkt sehr dynamisch ist, ist es für uns Laien jedoch schwierig zu beurteilen, ob die versprochenen Vorteile da wirklich eintreffen werden. Es scheint jedoch logisch, dass man als grössere Einheit Vorteile gegenüber den drei Kleinen hat, womit man so robuster für die Zukunft aufgestellt ist. Die Herausforderungen sind jetzt aber mit dem Zusammenschluss alleine noch nicht erledigt. Die neue REAG wird sich auch weiterhin vor grossen Herausforderungen sehen.

Die neue REAG soll sich sehr bald in der Region nach potenziell guten Flächen für grössere Solaranlagen umschaun. Es gibt im Umkreis viele andere Stromanbieter, die relativ aggressiv die besten

Solarflächen aufkaufen. Es soll nicht sein, dass wir einen regionalen Stromanbieter haben, der Solarstrom aber von unseren Dächern in andere Gemeinden abfließt. Schliesslich bleibt auch zu erwähnen, dass das Ziel der REAG nicht sein sollte, möglichst viele Dividenden an die Gemeinden auszuschütten, sondern einen fairen Strompreis bieten zu können und sinnvoll in eine neue erneuerbare Zukunft zu investieren.

Das Vertrauen in unsere regionalen Fachleute ist vorhanden. Dem Antrag zum Zusammenschluss der REAG wird zugestimmt.

Zur Regionalen Wasser AG: Es finden sich nicht so viele Worte im Bericht, was die Vorteile von einem Zusammenschluss sind. Es wird davon ausgegangen, dass für alle Gemeinden die Versorgungssicherheit mit dem Zusammenschluss besser garantiert werden kann. Dem zweiten Antrag wird zugestimmt.

Zur Fernwärme: Da gibt es nichts abzustimmen, weil die Stadt Zofingen die Eigentümerin bleibt. Man freut sich, dass die Fernwärme in der Region gefördert wird und hofft, dass in Zukunft noch weitere Gemeinden einsteigen werden.

Hansrudolf Hauri, Fraktionsvotum SVP

Die SVP-Fraktion ist auch der Meinung, dass die zukünftigen Herausforderungen nur gemeinsam gemeistert werden können. Wie jedes Zusammenschlussprojekt gibt es sowohl Risiken – wenn es falsch gemacht wird – als auch Vorteile; bspw. dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Es müssen drei verschiedenen Firmenkulturen zusammengeführt werden. Dem Personal muss die nötige Beachtung geschenkt werden. Die Fraktion wird dem Geschäft zustimmen.

Thomas Keller, Fraktionsvotum FDP

Die FDP/Zofingen macht's-Fraktion steht hinter dem Zusammenschluss der regionalen Energie- und Wasserversorgungsunternehmen. Ein Alleingang, das hat man gesehen, wird in diesem anspruchsvollen Markt mit zunehmender Regulierung immer schwieriger. Die gewählten Strukturen mit drei Unternehmen erlauben im Hinblick auf die zukünftigen Entwicklungen genügend Flexibilität und stellen sicher, dass die Machtverhältnisse zwischen den beteiligten Gemeinden nicht so ungleich verteilt sind.

Durch einen Zusammenschluss ist es möglich, die Wertschöpfung in der Region zu erhalten und Arbeitsplätze zu sichern. Wichtig ist, dass ein professioneller Energieeinkauf stattfindet. Denn der Strommarkt ist immer noch nicht liberalisiert. Gerade für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Kleinbetriebe ist das elementar wichtig. Wenn es nicht professionell stattfindet, kann es massive Erhöhungen geben. Die FDP/Zofingen macht's-Fraktion befürwortet die Anträge einstimmig.

Andrea Plüss, Fraktionsvotum EVP-Die Mitte

Die Fraktion EVP-Die Mitte unterstützt dieses Vorhaben. Die Ausgangslage ist recht komplex. Sieben Aktiengesellschaften aus vier politischen Gemeinden sollen eine neue Gruppe mit drei Gesellschaften ergeben. Die Vorlage zeigt gut auf, wie die komplexe Materie mit den Quoten heruntergerechnet worden ist, so dass niemand übervorteilt wird und auch eine mehrheitsfähige Lösung besteht.

Was die Zukunft bringt, das wissen wir wirklich nicht. Ob in einem Markt, der sehr stark durch Wachstum geprägt ist, kleine Einheiten beständig sein können, ist unsicher. Dazu kommen die Regulierungen, die es im Energie- und Wassersektor gibt, sowie die technischen Weiterentwicklungen und auch die steigenden Ansprüche der Nutzenden. Das Risiko, nicht zu reagieren, bewertet die Fraktion als zu hoch. Darum will man die Chance für eine gemeinsame Zukunft anpacken.

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin

Der Zusammenschluss von den drei Energieversorgern ist ein zukunftsweisendes Projekt für die ganze Region.

Es geht um die Sicherung der Grundversorgung von Strom, Wasser und Wärme. Der Stadtrat ist überzeugt, dass damit der Erhalt der Eigenständigkeit gewährleistet wird, die Wertschöpfung in der Region bleibt, man betrieblich effizienter unterwegs sein kann, es noch bessere Kundenlösungen geben wird und ein professioneller Einkauf gewährleistet ist.

Bezüglich den Dienstleistungen geht es nicht um das klassische Installationsgeschäft, sondern es geht um Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Produktion von erneuerbaren Energien. Das ist ein wichtiger Teil für die Zukunft. Wenn dies nicht das zusammengelegte Werk macht, dann machen das eben andere Werke und andere werden diese Aufgabe übernehmen. Selbstverständlich soll mit den Kleinunternehmen oder mit den Unternehmen der Region auch in diesem Bereich gut zusammengearbeitet werden. Das Projekt birgt Herausforderungen für die Mitarbeitenden, für die Verwaltungsräte, für die Gemeinden und für alle Partner mit sich. Der Stadtrat ist überzeugt, dass dies die beste Option für die erfolgreiche gemeinsame Zukunft einer nachhaltigen Energieversorgung in der ganzen Region ist.

Attila Gygax, Einwohnerrat

Auf der Webseite der StWZ werden konkrete Dienstleistungen im Bereich Sanitär, Elektro und Heizung angeboten und beschrieben. Wo es um die smarten Lösungen geht, ist es jedoch sehr vage. Aus den Ausführungen wird eine Strategieänderung entnommen. Wird das klassische Installateurgeschäft abgestossen? Das eigentliche Geschäft der StWZ war noch vor wenigen Jahren, Gasheizungen zu verkaufen.

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin

In diesem Markt sind Gesamtlösungen wichtig und der Kunde entscheidet, was er will. Die einzelnen Bereiche werden für diese Gesamtlösung benötigt und die einzelnen Dienstleistungen sollen von den einzelnen Werken angeboten werden können.

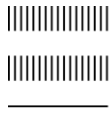
Andreas Rüegger, Vizestadtpräsident

Die Frage, ob es den Elektriker, den Sanitär- oder den Heizungsmonteur braucht, wurde im Verwaltungsrat der StWZ gestellt. Die Antwort überzeugte, weil diese Personen für das Anbieten einer Gesamtlösung benötigt werden. Vernetzte Lösungen im Hausinstallationsgeschäft bedingen, dass die Mitarbeitenden alle Bereiche abdecken können.

Das Installationsgeschäft der StWZ macht einen Bruchteil vom heutigen Geschäft aus. Primär wird mit dem Wärme- und Stromgeschäft Geld verdient und das Wassergeschäft ist kostendeckend. Das Installationsgeschäft soll die Breite abdecken, die auf dem Markt gefragt ist. Sonst wird es durch bereits sehr aktive Konkurrenten aus der Region Aarau oder dem Luzernischen gemacht.

Detailberatung

Das Wort wird nicht weiter verlangt.



Abstimmungen

1. *Der Interkommunalen Vereinbarung (IKV) zwischen den Einwohnergemeinden Oftringen, Rothrist, Vordemwald und Zofingen betreffend Zusammenschluss zur Regionalen Energie AG (REAG) sei zuzustimmen.*

Dem Antrag des Stadtrats wird mit 34:0 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.

2. *Der IKV zwischen den Einwohnergemeinden Oftringen, Rothrist, Vordemwald und Zofingen betreffend Gründung der Regionalen Wasser AG (RWAG) sei zuzustimmen.*

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

Traktandum 5

ER.2023.019

Feuerwehr – Verpflichtungskredit Ersatzbeschaffung Tanklöschfahrzeug Stützpunktfeuerwehr

Eintreten ist nicht bestritten.

Anders Sjöberg, Referent FGPK

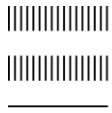
Für die FGPK ist der Ersatz des heutigen Tanklöschfahrzeuges mit Jahrgang 2005 unbestritten. Der Antrag hat die Notwendigkeit deutlich aufgezeigt. Beim Ersatz handelt es sich um ein Ersteinsatzfahrzeug für die Stützpunktfeuerwehr Zofingen. Bei einem Ersteinsatzfahrzeug muss alles zu jedem Zeitpunkt funktionieren. Daher schreibt die aargauische Gebäudeversicherung eine Amortisationszeit von 20 Jahren vor, sonst wird das Ausfallsrisiko zu gross und die Unterhaltskosten nehmen stark zu. Die Nettokosten mit CHF 503'000 sind etwa CHF 55'000 höher als der budgetierte Betrag im Finanz- und Investitionsplan.

Dies ist hauptsächlich auf die gestiegenen Preise um 25 Prozent bei den Chassis in den letzten 3 bis 4 Jahren zurückzuführen. Auch die Lieferzeiten sind länger geworden. Deswegen erfolgt der Antrag bereits jetzt, damit das Fahrzeug rechtzeitig im 2025 geliefert werden kann. Die FGPK hat als Alternative noch nach Elektrofahrzeuge gefragt. Diese sind aber noch in einer frühen Phase der Entwicklung und passen nicht zu den Anforderungen der vorgesehenen Einsätze in Zofingen. Beim geplanten Zusammenschluss der Feuerwehren Zofingen und Oftringen ist vorgesehen, dass Zofingen die Fahrzeuge von Oftringen übernimmt. Auch nach einem Zusammenschluss werden jedoch am Standort Zofingen sowie auch am Standort Oftringen je ein Tanklöschfahrzeug benötigt. Der geplante Zusammenschluss ändert nichts an den technischen Anforderungen oder am Standort des Ersatzfahrzeugs.

Die FGPK empfiehlt einstimmig, den Antrag des Stadtrats anzunehmen.

Flavio Wyss, Fraktionsvotum FDP

Das Tanklöschfahrzeug der Feuerwehr Zofingen zählt zu den wichtigsten und meistgenutzten Fahrzeugen der Feuerwehr und ist deshalb eines der wichtigsten Fahrzeuge. Aus diesem Grund stimmt die Fraktion FDP-Zofingen macht's dem Antrag einstimmig zu.



René Schindler, Fraktionsvotum SVP

Die Ersatzbeschaffung des neuen Tanklöschfahrzeugs ist für die Fraktion unbestritten. Eine Milizorganisation existiert durch Freiwillige, die für die Einsätze am Tag und in der Nacht Anrecht auf eine gute Ausrüstung und modernes Material haben. Die Organisation muss jederzeit einsatzbereit sein. Danke für die Unterstützung.

Michèle Graf, Fraktionsvotum EVP-Die Mitte

Die Vorlage ist detailliert und kommt vorausschauend daher. Das Geschäft wird zur Annahme empfohlen.

Yvonne Lehmann, Fraktionsvotum SP

Die vorliegende Vorlage zeigt mit Zahlen und Anmerkungen schlüssig auf, wie der Entscheid für das Fahrzeug zustande gekommen ist. Es ist wichtig, dass die Feuerwehr die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt bekommt, damit sie ihre Aufgabe als Milizfeuerwehr auch künftig auf hohem Niveau bewältigen kann. Entsprechend wird die Fraktion dem Antrag des Stadtrats zustimmen.

Carla Fumagalli, Fraktionsvotum glp

Die Ersatzbeschaffung des Tanklöschfahrzeuges ist unbestritten notwendig. Das Geschäft ist zudem schlüssig dargelegt worden und sehr gut vorbereitet. Auch submissionsrechtlich spricht nichts dagegen. Dem Geschäft wird einstimmig zugestimmt.

Alice Sommer, Fraktionsvotum Grüne

Die Vorlage ist informativ und kommt mit einem guten Überblick daher. Weil es um den Schutz und die Sicherheit geht, hat das Geschäft trotz der stattlichen Summe von CHF 641'000 nicht zu Diskussionen geführt. Die Fraktion wird dem Geschäft zustimmen.

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin

Dankt für die positive Aufnahme und insbesondere auch für die Würdigung der Tätigkeit der Feuerwehr und die Unterstützung.

Attila Gygax, Einwohnerrat

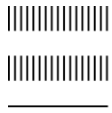
Gratuliert zu dieser Vorlage. Selten kommt eine Vorlage so sauber und nachvollziehbar daher. Der Stadtrat soll sich diese für die Vorbereitung von anderen Geschäften ausdrucken und an die Wand hängen. Es ist eine besondere Freude, dass eine Submission bereits gelaufen ist und die Vergabekriterien sogar transparent gemacht sind. Das würde man sich auch bei den anderen regelmässig hier zu behandelnden Geschäften wünschen.

Silan Kunz trifft ein.

Neue Anzahl anwesende Mitglieder des Einwohnerrats: 37

Detailberatung

Das Wort wird nicht weiter verlangt.



Abstimmungen

Für die Ersatzbeschaffung des Tanklöschfahrzeuges der Stützpunktfeuerwehr sei ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 641'000 inkl. MwSt., abzüglich Subvention, zu bewilligen.

Dem Antrag des Stadtrats wird einstimmig zugestimmt.

Traktandum 6

ER.2023.010.2

Plan Lumière ausserhalb der Altstadt – Verpflichtungskredit Teil Strassenbeleuchtung; überarbeitete Vorlage

Eintreten ist nicht bestritten.

Claudia Schürch, Referentin FGPK

Das Geschäft wurde in der FGPK hin und her diskutiert. Es hat Einwände gegeben, dass die geforderte Nachlieferung von Informationen im Zusammenhang mit der Rückweisung unzureichend sei. Es hat erneute Voten zur Lichtfarbe oder zum WACC-Zinssatz gegeben, ebenso Grundsatzvoten gegen das gesamte Geschäft; die Meinungen sind da teilweise stark auseinandergegangen.

Nach einer Weile hat man aber in der FGPK den Konsens gefunden, dass es beim vorliegenden Geschäft eigentlich nicht ums "Was" geht, sondern, dass der Stadtrat die Entscheidung schon gefällt hat. Man will auf einmal die ganze Beleuchtung ersetzen.

Es geht insbesondere also darum, zu prüfen, welche Finanzierung für das Vorhaben gewählt wird. Weil, wenn der Einwohnerrat dem Antrag über die CHF 1,3 Mio. nicht zustimmt, dann wird das ganze Geschäft über ein Contracting mit der STWZ abgehandelt und läuft über das Budget. Das "Was" bleibt also das Gleiche. Am Schluss hat dann noch eine kurze Diskussion stattgefunden, ob man jetzt die eine oder andere Finanzierungsart präferiert, und es hat dort in der FGPK noch eine Minderheitsmeinung gegeben, dass eben die Finanzierungsart über das Contracting Vorteile gäbe, wenn man weniger grosse Investitionen am Anfang hat, auch wenn man insgesamt über die ganze Zeit, wo das läuft, ein bisschen mehr zahlt. Schliesslich hat sich dann eine Mehrheit der FGPK für ein Ja zu dieser Vorlage ausgesprochen.

Franziska Kremer Fraktionsvotum SP

Das Geschäft wurde schon einmal besprochen und auch ausführlich diskutiert. Der zuständige Stadtrat hat dort zu Protokoll gegeben, dass er die Vorlage baldmöglichst und im gleichen Wortlaut wieder vor den Rat bringen wird. Das ist jetzt so passiert und unsere Argumentation ist ähnlich geblieben.

Mit der Beleuchtung der Gemeindestrassen wird eine Vorlage aus dem Bereich von Wahlmöglichkeiten diskutiert. Grundsätzlich ist keine Gemeinde in der Schweiz dazu verpflichtet, ihre Strassen zu beleuchten. Es macht aber sicher Sinn. Gemäss einem Votum aus der März-Sitzung soll es aber entsprechend dem heutigen aktuellen Stand der Wissenschaft oder entsprechend den Empfehlungen gemacht werden – mit Blick auf die Gesundheit von Mensch, Tier und Pflanzen.

Störend ist, dass man sich auf Seite 1 auf die BAFU-Richtlinien bezieht und Kelvin 2'700 wählt. Obwohl in den BAFU-Richtlinien von kleiner gleich oder eben kleiner als 2'700 Kelvin Lichtfarbe die Rede ist. Ganz grundsätzlich geht es aber nicht um die Lichtfarbe alleine, sondern es geht darum,

dass man die Richtlinien zur Hand nimmt und prüft. Viele von diesen Grundsätzen werden berücksichtigt – bspw. der Punkt 1 "Notwendigkeit". Wo braucht es Leuchten, was muss beleuchtet werden, wo ist es aus Sicherheitsgründen wichtig. Man geht davon aus, dass der Lichtplaner seine Sache super gemacht hat. Die Intensität, die Lichtfarbe und die Helligkeit sind tatsächlich das, was zur Reden gibt. Der Fachmann hat bezüglich Auswahl und Platzierung der Leuchtmittel seine Arbeit bestimmt gut gemacht. Auch die Ausrichtung, da gibt es verschiedene Möglichkeiten, das Zeitmanagement und die Steuerung. Man befürwortet, dass die Beleuchtung in den Nachtstunden dort, wo es sinnvoll ist, zu unterlassen sei.

Die jährlichen Einsparungen von Strom und Unterhaltskosten machen diese Investition auch wirtschaftlich sinnvoll. Man sollte sich aber an die Empfehlungen des BAFU halten. Die SP-Fraktion stellt folgenden Antrag:

Unter Berücksichtigung der Empfehlungen des BAFU zur Vermeidung von Lichtemissionen (2021; S. 17-24) sei für die Umrüstung der Strassenbeleuchtung ausserhalb der Altstadt ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 1'395'983, zuzüglich allfälliger Beiträge Dritter, zu bewilligen.

Ob dies in der Kompetenz des Einwohnerrats ist, darüber ist man sich nicht ganz einig geworden.

Markus Gfeller, Fraktionsvotum SVP

Es gibt Wiederholungen zu dem Geschäft. Es wird festgestellt, dass es inhaltlich und in der Argumentation identisch ist mit dem, was in der März-Sitzung schon ausführlich diskutiert worden ist; abgesehen von ein paar angepassten Details. Die Haltung der Fraktion hat sich ebenfalls nicht geändert. Ob es nachhaltig ist, eine intakte Infrastruktur als Ganzes wegzunehmen und neu zu machen, wird bezweifelt.

Neu hinzugekommen ist die Aussage des Stadtrats, dass bei einem Nein die Umrüstung über das Contracting gemacht wird. Es gilt hier lediglich, über die Finanzierung zu entscheiden. An anderen Diskussionen wie die um den WACC-Zins oder die Lumen will man sich nicht beteiligen. Dieser Vorlage wird mehrheitlich zugestimmt, weil man keine höheren Zinskosten verursachen will. Einmal mehr hat der Einwohnerrat über eine "Vogel-friss-oder-stirb"-Vorlage zu entscheiden.

Claudia Schürch, Fraktionsvotum EVP-Die Mitte

Die Fraktion EVP-Die Mitte unterstützt das Geschäft nach wie vor. Einem Antrag auf Ergänzung mit Verweis auf diese BAFU-Empfehlungen wird nicht gefolgt, weil das vorliegende Geschäft unserer Auffassung nach die Richtlinien berücksichtigt. Die ausgewogene Berücksichtigung der sieben Punkte ist gemäss der Vorlage durch eine Fachperson passiert.

Solche Details liegen in der Kompetenz des Stadtrats. Die Erfüllung ist zudem schwer messbar und würde die Umsetzung inhaltlich wahrscheinlich nicht wirklich verändern und einen Mehrwert schaffen. Es sollte nicht Usus werden, solche operative Details in Anträge zu schreiben.

Die Diskussion soll sich auf die eigentliche Frage nach der Finanzierung beschränken. Über die Ergebnisse des Lichtkonzepts, das eine Fachperson ausgearbeitet hat, will man weder urteilen noch darüber diskutieren. Das ist nicht Aufgabe des Einwohnerrats.

Maja Freiermuth, Fraktionsvotum FDP

Die Diskussion ist in der Fraktion noch einmal in die gleiche Richtung gegangen wie beim ersten Mal schon. Alle Fragen konnten schon in der FGPK beantwortet werden. Man steht hinter dem Entscheid des Stadtrats bezüglich Finanzierung und stimmt dem Antrag deshalb zu.

Auf eine Detailberatung bezüglich Kelvin oder ähnlichem wird verzichtet. Das wird der operativen Behörde überlassen.

Carla Fumagalli, Fraktionsvotum glp

Eine Umrüstung braucht es und diese ist unbestritten. Der Plan Lumière ist aus mehreren Gründen eine gute Sache: Einerseits, weil es zu einer Stromeinsparung und dementsprechend zu einer finanziellen Einsparung führt und zweitens, wenn richtig umgesetzt, auch der Umwelt Rechnung getragen wird.

Die Mängel, welche im März zu einer Rückweisung des Geschäfts geführt haben, sind in der aktuellen Vorlage nicht oder nicht vollständig behoben worden. Das ist schade und nicht im Sinne der Sache resp. des Geschäfts, wenn es dann beim zweiten Mal durchgebracht werden soll.

Die Lichtfarbe wurde in der Fraktion nochmals diskutiert. Die Empfehlungen kann man so oder so auslegen. Man hätte gewünscht, dass man noch etwas tiefer runtergeht mit dem Wert. Der Antrag der SP wird unterstützt, weil es für die Umwelt eine positive Auswirkung hat, finanziell aber nicht viel ausmacht. Auch die finanziellen Auswirkungen der Investition wurden nicht so ausführlich dargestellt, wie man sich dies gewünscht hat. Eine Darstellung der finanziellen Auswirkungen über die Lebensdauer von diesen neu beantragten Lampen könnte bei einem Millionenbetrag erwartet werden. Auch deshalb, weil damit argumentiert wird, dass es dadurch zu einer Energieeinsparung und einer Kosteneinsparung kommt.

Es gibt zwar mehr Zahlen im Antrag, aber man muss sie sich ein bisschen zusammensuchen. Eine übersichtliche Gegenüberstellung der Varianten ist nach wie vor nicht enthalten im Antrag. Insgesamt möchte man dem Geschäft gerne aufgrund dessen Relevanz zustimmen. Dem Antrag der SP soll entsprochen werden und es soll geprüft werden, ob dort nicht noch etwas mehr möglich ist in der Umsetzung, was die Umweltfreundlichkeit betrifft.

Alice Sommer, Fraktionsvotum Grüne

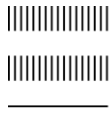
Die grüne Fraktion ist wie auch an der Sitzung im März für die Umrüstung auf LED. Was uns aber doch sehr irritiert, ist, dass auf diverse Punkte, die in der März-Sitzung genannt worden sind und so auch im Protokoll festgehalten sind, in der überarbeiteten Vorlage gar nicht eingegangen wird. Das sind namentlich die Empfehlungen des BAFU, nämlich weniger als 2'700 Kelvin und nicht, wie in der überarbeiteten Vorlage, gleich 2'700 Kelvin einzuhalten. Und auf den geforderten 7-Punkteplan wird gar nicht eingegangen.

Es wird eigenartig argumentiert; so zum Beispiel wird in der Vorlage behauptet, dass die Lichtfarbe von 3'000 Kelvin besonders insektenfreundlich sei. 3'000 Kelvin ist sicher insektenfreundlicher als 4'000 Kelvin. Aber erst LED hat ja dazu geführt, dass die Lichtverschmutzung zu einem echten Umweltproblem geworden ist. Jetzt müssen wir Verantwortung übernehmen und es soll nur noch warmweisses Licht mit möglichst wenig Blaulichtanteil eingesetzt werden. Aktuell ist das die Lichtfarbe von 2'200 Kelvin.

Es geht ja nicht nur um die Insekten, sondern um verschiedenste Tiere, Pflanzen und schlussendlich auch um die Gesundheit der Menschen. Übrigens, die alten Natriumdampfleuchten haben eine Lichtfarbe von nur 1'800 Kelvin. So zählt also das Argument, das in der Vorlage gebracht wird, bezüglich Verkehrssicherheit, unter der damit verbundenen höheren Kelvin-Zahl, nicht. Bei einer Lebensdauer der Leuchten von gut 20 Jahren braucht es heute einen biodiversitätsverträglichen Entscheid. Wir von der grünen Fraktion wünschen uns eine auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basierte Entscheidung bezüglich der Lichtfarbe, fordern klar die Einhaltung des 7 Punkteplans und werden den Antrag der SP unterstützen.

Robert Weishaupt, Stadtrat

Es gibt tatsächlich nicht viel Neues zu berichten zu unserem beschlossenen Konzept. Wir wollen daran festhalten. Wir wollen eine einheitliche Beleuchtung und dass die Lichtverschmutzung reduziert wird. Dabei hilft LED. Dieses mindert die Lichtverschmutzung. Wir wollen Energie- und Unterhalts-



kosten sparen. Das wird sich wiederum für die Stadtkasse positiv auswirken. Wir wollen an der angedachten Finanzierung festhalten. Das heisst, wir wollen auch nicht etappieren. Es gibt zwei Möglichkeiten, die Leuchten zu finanzieren: Entweder erfolgt die Finanzierung aus der Stadtkasse oder wir lassen sie von den StWZ via Contracting leasen. Die Ausführungen dazu sind unter V aufgeführt. Dort haben wir beide möglichen Varianten geprüft. Die Fragen vom März haben wir dort beantwortet. Im Anhang zur Vorlage sind zwei Tabellen mit diesen beiden möglichen Finanzierungen zu finden; die Investitionssumme und die Abschreibungsdauer sind bei beiden Varianten (StWZ und Stadt) gleich. So kann man daraus den Unterschied herauslesen. Bei der Variante Stadt haben wir einmal 2 Prozent beim Kapitaldienst eingerechnet. Momentan bekommen wir das Geld noch günstiger. Was wir auch schon wissen, ist, dass der Zinssatz bei der StWZ steigen wird. Wir wissen noch nicht, um wie viel, aber der wird in Zukunft höher ausfallen als es der momentane Zinssatz ist.

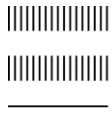
Bei der Lichtfarbe gehen wir auf 2'700 Kelvin runter. Weiter runter wollen wir nicht. Es gibt einerseits eine schlechte Farbwiedergabe, das heisst, es wird mehr Grau anstelle von farbig. Das ist nicht gut für die Verkehrssicherheit. Auch der Energieverbrauch, auch wenn das marginal ist, wird höher sein. Punkto Lichtfarbe steht beim BAFU, dass die Anliegen des Energiesparens und des Vermeidens von blauen Lichtanteilen fallweise gegeneinander abzuwägen sind. Das BAFU gibt keine Richtlinien heraus, sondern nur Empfehlungen. In der Schweiz gelten für öffentliche Beleuchtung die folgenden Bestimmungen: Das SLG 202, das sind Richtlinien über die öffentliche Beleuchtung, und die VSS 40241, das ist diejenige bei der Querung für Fussgänger. Dass das künstliche Licht in der Strassenbeleuchtung geplant werden muss, das ist richtig. Damit wurde eine Person beauftragt. Diese berät die StWZ in Belangen der Strassenbeleuchtung.

Im Dokument des BAFU wird ausgeführt, dass sich die Massnahmen aus den dargestellten 7 Grundsätzen zur Begrenzung von Lichtemissionen ergeben, die im Rahmen von Bewilligungsverfahren durch die zuständigen Behörden angewendet werden *können*. Es sind also keine Richtlinien. Er empfiehlt den Antrag der SP zur Ablehnung.

André Kirchhofer, Einwohnerrat

Im Votum der SP-Fraktion ist erwähnt worden, man sei unsicher, ob der Antrag überhaupt in der Kompetenz des Einwohnerrats liegt. Gemäss Gemeindeordnung § 15 Abs. 2 Bst. D ist der Einwohnerrat zuständig für die Genehmigung von Verpflichtungskrediten; und zwar für die Genehmigung von Verpflichtungskrediten ohne Bedingungen. Man kann ihnen zustimmen oder man kann sie ablehnen. Man kann mehr Geld sprechen oder weniger Geld sprechen, aber man kann meines Erachtens nicht zusätzliche Bedingungen formulieren. Vielleicht gibt es einen Ermessensspielraum. Bevor ich guten Gewissens über so einen Antrag abstimmen kann, hätte ich gerne in formell nicht anfechtbarer Weise geklärt, ob dieser Antrag gültig oder nicht gültig ist. Kann man darüber abstimmen oder kann man darüber nicht abstimmen? Am liebsten würde ich diesbezüglich den Stadtschreiber fragen. Er ist meines Erachtens für die juristische Expertise zuständig. Er ist aber abwesend. Bei dieser Gelegenheit möchte ich als FGPK-Präsident anmerken, dass eine lückenlose Teilnahme des Stadtschreibers an diesen Sitzungen erwartet wird.

Jetzt kann man auch noch inhaltlich darüber diskutieren. Wir haben gehört, dass es insektenfreundlich ist. Bei der Vorlage über die Fusion der Elektrizitätswerke hat man innert Rekordzeit zugestimmt. Niemand hat zum Beispiel die Frage gestellt, was mit den Arbeitsplätzen passiert, wenn es zu einer Zusammenlegung kommt. Niemand hat sich um das Wort Versorgungssicherheit geschert und weitere Fragen, die doch noch eine gewisse Zukunftsrelevanz haben für die ganze Region. Und bei diesem Geschäft diskutiert man über Insektenfreundlichkeit. Es ist beim anderen Geschäft auch gesagt worden, man habe volles Vertrauen in die Experten und die Expertinnen bei dieser Fusionsgeschichte und darum müsse man nicht weiterdiskutieren. Bei diesem Geschäft diskutieren wir jetzt schon das zweite Mal über Lichtstärke und Kelvin und verlieren Zeit. Andere Geschäfte, welche viel



wichtiger wären für die Zukunft, winken wir durch. Mir geht es nicht darum, den Insekten in irgendeiner Art und Weise ihre Berechtigung abzusprechen, aber es geht mir einfach darum, inhaltlich formuliert, dass man ein Stück weit die Relationen wahrt bei solchen Geschäften. In diesem Sinne würde ich beliebt machen, den Antrag nicht zu behandeln und wenn er doch zur Behandlung kommt, abzulehnen.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Bei dieser Vorlage diskutieren wir das zweite Mal über die gleichen Sachen. Sie verdient das Prädikat ungenügend bis unprofessionell. Vom Einwohnerrat wird Professionalität verlangt. Wie soll man professionell sein, wenn wir unprofessionelle Vorlagen bekommen. In dieser Vorlage hat es nachweislich falsche Aussagen bezüglich Lichttemperatur, wo geschrieben steht, es werde die Temperatur von 2'700 bis 3'000 Kelvin empfohlen. Das BAFU schreibt in den Musterbestimmungen in der kurzen Variante: Das eingesetzte Licht hat einen möglichst kleinen Blau- und UV-Anteil aufzuweisen, wie zum Beispiel warmweisses LED mit einer Farbtemperatur von weniger als 2'700 Kelvin. In der längeren Ausführung ist es dann noch ein bisschen detaillierter beschrieben. Das findet man auf der Seite 34 dieser Musterbestimmungen. Das sind nicht Empfehlungen. Das sind Musterbestimmungen des BAFU.

Jetzt zum Antrag: Aufgrund nachweislich falscher Basis in der Botschaft muss ich den Antrag ablehnen. Das bedeutet, dass CHF 220'000 zum Fenster herausgeworfen werden, weil es nachher die StWZ via Contracting machen. Also muss ich ihn annehmen, obwohl nachweislich falsch. Also irgendetwas stimmt da nicht. Irgendjemand geht von nachweislich falschen Voraussetzungen aus. Was machen wir in dieser Situation? Zieht der Stadtrat jetzt die Vorlage zurück? Ein weiteres Mal eine Pleite. Ich glaube, das kann sich der Stadtrat nicht leisten. Professionell wäre es zwar vielleicht, wenn er unter falschen Voraussetzungen Vorlagen bringt. Deshalb sollten wir dem Antrag zustimmen. Ob er jetzt rechtens ist, das sollen dann die zuständigen Juristen im kantonalen Departement bestimmen, wenn von irgendwo eine Stimmrechtsbeschwerde kommt.

Dann noch zum Thema Geld: Wie mehrfach gefordert, hätte man mit einer Aufstellung mittels einer Tabelle zu den verschiedenen Kosten Transparenz schaffen können, wo man sieht, was wie viel kostet und nicht einfach ein Wischiwaschi, wo irgendwo CHF 350'000 Franken drinsteht.

André Kirchhofer, Einwohnerrat

Die Vorlage ist tatsächlich noch nicht genügend und das spricht für eine Rückweisung. Aber es wird dann einfach über ein Contracting gelöst und dann werfen wir Geld zum Fenster hinaus und das wollen wir ja auch nicht.

Einen Antrag auf Vorrat zu stellen und darauf hoffen, dass er rechtlich dann schon verhält, da bin ich gegenteiliger Auffassung. Dann muss man so einen Antrag aber mit Bestimmtheit ablehnen.

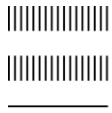
Attila Gyga, Einwohnerrat

Die Antwort auf die Frage, ob der Antrag rechtens ist, steht noch aus. Ich würde beliebt machen, dass die Antwort noch kommt.

Das Geschäft wurde im März zurückgewiesen. Seither sind mehr als 5 Monate vergangen. Warum sind die Lampen nicht ausgeschrieben worden?

Robert Weishaupt, Stadtrat

Die Lampe haben wir noch nicht ausgeschrieben. Wir warten zuerst auf den Kredit und erst dann schreiben wir die Lampen aus.



Christian Nöthiger, Einwohnerratspräsident

Zur Frage, ob der Antrag rechtens ist: Wir haben diesbezüglich keine eindeutige Antwort. Es ist ein Graubereich; die Kompetenzen des Einwohnerrats werden nicht eindeutig überschritten. Wir könnten allenfalls im Büro über die Zulässigkeit abstimmen, weil so eindeutig ist es nicht. Juristische Experten sind weder im Saal noch im Büro vorhanden. Also würde ich jetzt zuerst noch die Diskussion weiterführen.

Franziska Kremer, Einwohnerrätin

Man geht davon aus, dass es nicht rechtens ist. Das ist mir zu schwammig. Deshalb habe ich beschlossen, ich probiere es jetzt. Ich bin aber auch froh, wenn man das klären kann.

Raphael Lerch, Einwohnerrat

Wir diskutieren schon ewig lange über diesen Antrag und ich habe noch nicht viel Gutes gehört. Habt ihr das Gefühl, wenn wir jetzt diesem Antrag zustimmen, dann bessert das jemals da vorne noch? Jetzt gibt es doch nur eines: Eine Rückweisung. Die sollen einfach die Anträge besser und fundierter schreiben mit mehr Informationen. Der Antrag soll abgelehnt werden.

Andrea Plüss, Einwohnerrätin

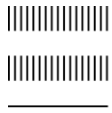
Ich würde gerne noch auf eine Feldstudie der Universität Kiel aufmerksam machen, die auf www.lichtpunkt.de zu finden ist. Diese zeigt, dass bei Natriumhochdrucklampen von 2'000 Kelvin 162,9 Insekten angelockt worden sind. Bei Metall-Halogen-Dampfhochdrucklampen von 3'000 bis 6'500 Kelvin sind es dann bis 370 Insekten gewesen.

Schauen wir uns an, was es bei LED ist. Bei LED von 6'000 Kelvin sind es 74,9 Insekten gewesen und bei LED von 3'000 Kelvin sind es 41,1. Also 3'000 Kelvin ist klar der Favorit. Ob jetzt zwischen 3'000 und 2'7000 noch ein grosser Unterschied besteht, ist aus dieser Messreihe nicht ersichtlich. Aber ich habe die verschiedenen BAFU-Dokumente auch studiert und einmal heisst es unter 3'000, einmal heisst es unter 2'700. Wir haben bei der Ausarbeitung der Vorlage Fachpersonen beigezogen und darum dünkt es mich, ist es auch angebracht, diesen Fachpersonen unser Vertrauen auszusprechen.

Hans Rudolf Sommer, Einwohnerrat

Man macht sich angeblich lächerlich, wenn man über die Lichtfarbe diskutiert und den Einfluss der Lichtfarbe auf die Insektenwelt und auf die nachtaktiven Tiere. Das Bundesamt für Gesundheit hat bereits 2016 empfohlen, Lichtfarben unter 3'000 zu verwenden, dies in Bezug auf den Menschen. Die Schweizerische Akademie der Naturwissenschaften sagt 2017 klar, dass die Lichtfarbe entscheidend ist. Für uns Menschen ist zwischen 2'700 Kelvin und 2'200 Kelvin kein grosser Unterschied. Wir nehmen das kaum wahr mit dem menschlichen Auge. Die Insektenaugen, die haben eine andere Wahrnehmung, das weiss man heute.

Zofingen soll einen Schritt weitergehen und einen zukunftsfähigen Entscheid fällen. Musterbestimmungen sind dazu da, umgesetzt zu werden; nach dem Vorsorgeprinzip, wie es im Umweltschutzgesetz steht. Ich hätte ja gerne Vertrauen zu den Experten, habe diesen aber nicht ganz getraut. Ich habe mit einem der Experten telefoniert. Dieser hat die BAFU-Musterbestimmung aus dem Jahr 2022 nicht gekannt. Seine Sekretärin hat sich für meinen Hinweis bedankt. Soviel zu den Experten. Bei der Stadt hätte man auch ein bisschen kritischer hinschauen dürfen. Sie hat nämlich alle diese Unterlagen Anfangs März von mir bekommen, und zwar bereits vor der letzten Sitzung im März. Ich bitte um eine zukunftsfähige Lösung. Sollte der Antrag nicht durchkommen, kann er vom Stadtrat auch freiwillig umgesetzt werden.



André Kirchhofer, Einwohnerrat

Parlament kommt von "parlare", von Reden. Aber das Gegenstück ist Zuhören. Ich habe es nicht so gerne, wenn man mir nicht zuhört und offensichtlich hat man mir nicht zugehört. Erstens dahingehend, dass meine Frage nach der rechtlichen Korrektheit des Antrages noch nicht beantwortet ist und zweitens, dass ich mich habe als lächerlich bezeichnen lassen müssen. Das akzeptiere ich nicht und appelliere an den parlamentarischen Anstand, insbesondere, da ich kein einziges Wort darüber verloren habe, dass ich die Insektenproblematik nicht anerkennen würde. Ich habe ganz klar gesagt, es gehe darum, die Relationen zu wahren und dass man bei einem anderen Geschäft auf einer ganz anderen Flughöhe diskutiert hat. Das ist meine Aussage gewesen und darum finde ich es nicht angebracht, wenn man sagt, ich habe mich mit dem Votum lächerlich gemacht.

Christian Nöthiger, Einwohnerratspräsident

Wie bereits erwähnt, können wir kein abschliessendes Rechtsrechtsgutachten darüber bieten, ob der Antrag der SP zulässig ist oder nicht. Was ich anbieten kann ist, dass wir im Büro darüber abstimmen, ob wir die Abstimmung zulassen wollen oder nicht. Dafür benötigen wir jetzt einen Sitzungsunterbruch. Wir können nicht während der Sitzung eine Rechtsauskunft einholen, ob das jetzt zulässig ist oder nicht.

Sitzungsunterbruch

Christian Nöthiger, Einwohnerratspräsident

Das Büro will den Antrag zur Abstimmung zulassen.

Claudia Schürch, Einwohnerrat

Dem Ziel des Antrags, wonach diese Beleuchtung einen möglichst geringen Umwelteinfluss hat, kann ich zustimmen.

Mich stört aber einfach die Art des Antrages. Ich frage mich wirklich, ob das rechtens ist und ich möchte bitten, wenn wir das in dem Fall jetzt zulassen, dass man doch noch einmal abklärt, was denn zulässig ist. Ich will in Zukunft nicht bei Stellenbesetzungen noch Ergänzungen im Antrag über Diversity und Inklusion oder so Ähnliches. Alles unterstützenswert. Es geht mir gar nicht darum, das inhaltlich zu werten, aber von der Form her will ich nicht, dass wir in Zukunft unsere Anträge noch weiter mit all unseren politischen Ideen würzen.

Michael Wacker, Einwohnerrat

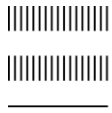
Der Vertreter der StWZ hat die Stimmung hier nun mitbekommen. Die einen wollen modern sein, vorwärtsmachen und die Biodiversität so gut fördern, wie man heute nur kann, und den anderen ist es einfach egal.

Organisatorisch sind wir so aufgestellt, dass wir einen Aktionärsvertreter, also ein Mitglied aus dem Stadtrat im Verwaltungsrat der StWZ haben. Aber die Aktionäre die sitzen alle hier oder anderswo. Ihr könnt dann in der Güterabwägung, je nachdem wie das in der Abstimmung herauskommt, selber entscheiden, was ihr macht.

Robert Weishaupt, Stadtrat

Ich will noch schnell zurückkommen zu den Musterbestimmungen. Es sind keine Gesetze, sondern es sind nur Hinweise, Empfehlungen zur Umsetzung. Die GLP hat im Juni ein Referat mit einem Lichtplaner gehabt, welcher die Vorlage als sehr gut befunden hat. Abgesehen von der Lichtfarbe, dort hat er gesagt, es wäre besser, wenn diese bei 2'200 wäre.

Jetzt diskutieren wir viel über 3'000, 2'200 und 2'700. Ich kann das Zugeständnis machen, dass wir uns sicherlich bei jeder Leuchte in der Nähe der Natur, also in den sensiblen Gebieten, hinterfragen,



ob wir die Lichtstärke auf 2'200 herabsetzen können, um die Lichtemissionen zu reduzieren. Dass dies keine leeren Worte sind, das werdet ihr dann in der nächsten Einwohnerratssitzung sehen, wenn wir mit der Vorlage zu den Wegen beim BZZ kommen. Dort haben wir angedacht, dass wir die Lampen sogar mit Bewegungsmeldern und einer Lichtstärke von 2'700 oder sogar 2'200 ausstatten werden.

Yolanda Senn, Einwohnerrätin

Mich erstaunt die Aussage jetzt schon. Die ist für mich nicht lesbar im Geschäft. Da hätte man ganz viele Diskussionen vermeiden können. Also ich weiss nicht, können wir das jetzt glauben oder nicht? Warum steht das nicht im Geschäft? Es ist ja quasi fast die gleiche die Vorlage wie im März. Warum hat man denn so etwas nicht reingeschrieben, wenn man das Bewusstsein dafür hat?

Detailberatung

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmungen

Anträge

Antrag Stadtrat

Für die Umrüstung der Strassenleuchten ausserhalb der Altstadt sei ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 1'395'983, zuzüglich allfälliger Bauteuerung (Kostenstand Januar 2023), abzüglich allfälliger Beiträge Dritter, zu bewilligen.

Antrag SP

Unter Berücksichtigung der Empfehlungen des BAFU zur Vermeidung von Lichtemissionen (2021; S. 17–24) sei für die Umrüstung der Strassenbeleuchtung ausserhalb der Altstadt ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 1'395'983, zuzüglich allfälliger Beiträge Dritter, zu bewilligen.

Eventualabstimmung: Der Antrag des Stadtrats wird dem Antrag der SP gegenübergestellt:

Antrag Stadtrat: 22 Stimmen vs. Antrag SP: 14 Stimmen

Der Antrag des Stadtrats obsiegt und folgt zur Schlussabstimmung:

Für die Umrüstung der Strassenleuchten ausserhalb der Altstadt sei ein Verpflichtungskredit von brutto CHF 1'395'983, zuzüglich allfälliger Bauteuerung (Kostenstand Januar 2023), abzüglich allfälliger Beiträge Dritter, zu bewilligen.

Dem Antrag des Stadtrats wird mit 30:3 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.

Traktandum 7**ER.2023.025****Ringmauergasse – Zusatzkredit zum Verpflichtungskredit für die Sanierung, Erneuerung sowie Instandstellung Strassenentwässerung (GK 203, ER-Sitzung vom 25. Oktober 2021)**

Eintreten ist nicht bestritten.

Marco Negri, Referent FGPK

Hier geht es um einen Zusatzkredit zum bereits genehmigten Verpflichtungskredit für die Sanierung, Erneuerung und die Instandstellung der Ringmauergasse in der Altstadt. Für eben diese Sanierung hat der Einwohnerrat am 25. Oktober 2021 einen Verpflichtungskredit von CHF 220'000 beschlossen. Auslöser für die Neugestaltung sind die anstehenden Werkleitungsarbeiten der StWZ Energie AG gewesen. Allerdings hat sich der Baustart aus diversen Gründen verzögert. Zwischenzeitlich – nämlich am 11. September 2022 – hat der Einwohnerrat das Postulat von Irma Jordi betreffend "Begehbare Altstadt für alle" überwiesen. Anschliessend hat das Ressort Tiefbau das Konzept für die Strassenraumgestaltung in der Altstadt ausgearbeitet.

In der Ringmauergasse findet das Konzept erstmals Berücksichtigung. Hauptpunkt ist die Verwendung von bearbeiteten Natursteinen anstelle von den bislang eingesetzten bruchrohen Natursteinen. Somit soll die Begehmbarkeit vor allem für unsere älteren Mitmenschen und Menschen mit Gehbeeinträchtigungen verbessert werden.

Die im Sommer 2023 durchgeführte Submission der Arbeiten hat dann Mehrkosten im Umfang von Netto CHF 51'000 zu Tage gebracht. Der Mehraufwand ist auf nachfolgende Gründe zurückzuführen: Erstens, es hat eine Projekterweiterung im Bereich Anschluss Ringmauergasse-Schützentröcher gegeben. Da muss zwecks Erschliessung mit Fernwärme ebenfalls aufgemacht werden, was so im ursprünglichen Projekt nicht vorgesehen gewesen ist. Das verursacht Mehrkosten von CHF 60'000. Dann Punkt 2, die Mehrkosten infolge der zuvor angesprochenen Verwendung von diesen bearbeiteten Natursteinen anstelle der bislang eingesetzten bruchrohen, was bei einer Gesamtfläche von rund 600 m² zu Mehrkosten von CHF 39'000 führt. Drittens – und das ist erfreulich – muss durch die Fernwärmeleitung der StWZ der Werkleitungsgraben verbreitert werden, was infolge der Kostenbeteiligung der StWZ an den Grabarbeiten für die Stadt zu einem Minderaufwand von CHF 48'000 führt. Zusammenfassend steht ein Mehraufwand von gesamthaft CHF 99'000 einem Minderaufwand von CHF 48'000 entgegen, was letztlich zum beantragten Zusatzkredit von Netto CHF 51'000 führt. Innerhalb der FGPK haben wir vor allem die Plausibilisierung dieser Mehrkosten für die Mehrfläche und den Fernwärmeanschluss sowie die Mehrkosten der Pflasterung im Zusammenhang mit dem Postulat von Irma Jordi umfassend diskutiert. Die Frage nach Alternativen zur neu gewählten Pflasterung ist aber vom Stadtrat dahingehend beantwortet worden, dass es zwecks Wahrung des Altstadtbildes gar keine Alternative gibt. Entsprechend kann man zwischen diesen beiden Natursteintypen auswählen, was entweder zu zusätzlichen Kosten führt oder eben nicht. Die FGPK empfiehlt das Geschäft mit 8 zu 0 bei einer entschuldigten Abwesenheit zur Annahme.

Ronni Koechlin, Fraktionsvotum FDP

Das Geschäft ist bei uns in der Fraktion intensiv diskutiert worden. Wir haben aber die Mehrkosten nachvollziehen können und stehen darum eigentlich hinter der Vorlage.

Hans Rudolf Sommer, Fraktionsvotum SP

Die SP-Fraktion stimmt dem Zusatzkredit für die Sanierung der Ringmauergasse zu. Der Stadtrat verdient Lob, dass er das Projekt durch die der Erschliessung für die Fernwärmeheizung und durch die behindertengerechte Pflasterung ergänzt hat und diese Mehrkosten jetzt auch vom Einwohner

beschliessen lässt. Die geplanten Massnahmen sind angemessen und sinnvoll. Ärgerlich finden wir aber, dass auf das Konzept Altstadt Zofingen mit einem Link in der Vorlage verwiesen worden ist, das Konzept aber erst am letzten Montag – also heute vor einer Woche – einsehbar gewesen ist. Auf Nachfrage hat man erfahren können, dass noch redaktionelle Fehler zu bereinigen gewesen sind. Etwas zu spät, wenn man bedenkt, dass das Konzept seit dem 31. März vorliegt. Der Einwohnerrat will gut informiert sein, wenn er über ein Geschäft beraten soll. Wäre das Konzept rechtzeitig vorgelegen, hätten sich die Diskussionen in den Fraktionen wahrscheinlich erübrigt. Das Konzept zeigt exemplarisch, wie sich die Pflasterung in den Altstädten der Schweiz über die Jahrhunderte und die Jahrzehnte entwickelt hat, und zeigt auf, welche Lösungen die Pflasterer zur besseren Begehrbarkeit erarbeitet haben. Die Stadt hat sich bereits Mitte des 20. Jahrhunderts das Ziel gesetzt, die ganze Altstadt einheitlich zu pflastern. Das ist Zofingen hervorragend gelungen. In keiner mir bekannten Altstadt, sei es jetzt in Aarau, Solothurn oder auch Burgdorf, ist die Pflasterung von dieser hohen und einheitlichen Qualität wie bei uns. Die Steine sind in Sand verlegt, was bedeutet, dass der Belag sickerfähig ist und damit einen kühlenden Effekt hat.

Während also im 20. Jahrhundert eine einheitliche Pflasterung das Ziel gewesen ist, geht es im 21. Jahrhundert um die Begehrbarkeit der Altstadt für alle. Das Behindertengleichstellungsgesetz aus dem Jahr 2004 ist verpflichtend. Mit der Ringmauergasse wird der Anfang gemacht. Dass die neue Art der Pflasterung teurer ist, ist nicht erstaunlich. Schliesslich kostet eine erhöhte Rampe bei den Perrons auf unseren Bahnhöfen auch mehr.

Da ist eine Forderung nach begehrbarer Altstadt zum Nulltarif natürlich ein Etikettenschwindel. Das ist uns allen klar.

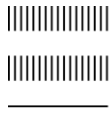
Gian Guyer, Fraktionsvotum Grüne

Die Fraktion der Grünen steht dem Zusatzkredit für die Ringmauergasse positiv gegenüber. Wir haben schon dem Postulat zur begehrbaren Altstadt zugestimmt und begrüssen jetzt auch dessen Umsetzung. Aber wir sind auch ein bisschen irritiert gewesen, dass zum Zeitpunkt unserer Fraktionssitzung das zugrundeliegende Konzept noch nicht publiziert gewesen ist, haben das als sehr unprofessionell empfunden und haben uns auch überlegt, einen Rückweisungsantrag zu stellen. Weil wir aber gegenüber dem Antrag selbst positiv eingestellt sind und wir keinen Sinn darin sehen, etwas zurückzuweisen, was dann einen Monat später in Form des genau gleichen Antrages wiederkommt, werden wir der Vorlage zustimmen.

Attila Gygax, Fraktionsvotum glp

An der GLP-Fraktionssitzung ist das Geschäft nicht wahnsinnig gefeiert worden. Wir haben uns mehr darüber unterhalten, ob es genug gut ist zum Zurückweisen oder ob man es gerade ablehnen will. Wir haben jetzt schon einige wohlwollende Argumente gehört. Es liest sich ja eigentlich auch ein bisschen so, dass das eine gute Sache ist. Es hat ja niemand etwas gegen eine behindertengerechte und barrierefreie Altstadt. Ich möchte ein paar Aspekte aufzeigen, warum man der Meinung sein kann, man solle das Geschäft zurückweisen und ich lasse gerne die anderen zuerst einmal reden, bevor ich dann den Ordnungsantrag zur Rückweisung stellen werde. Der eine Aspekt ist so ein bisschen die politische Dimension. Man kann dem Governance sagen, oder das Zusammenspiel zwischen dem Stadtrat und dem Einwohnerrat. Der nächste ist der Grundsatz, dass man halt eben doch noch über das Konzept reden sollte, bevor wir anfangen, Geld auszugeben. Und der dritte sind dann nachher noch ein paar Fragen zum Geschäft selber.

Zum ersten Punkt, zur Governance: Das Ganze hat ja eigentlich angefangen mit dem Postulat von Irma Jordi, das gefordert hat – und dabei auch vom Rat unterstützt worden ist – ein Konzept zu erstellen zu diesem Thema. Nur einmal ein Konzept zu erstellen. In der Antwort hat der Stadtrat aufgeführt, dass mit Mehrkosten zu rechnen ist. Im Postulat ist aber in der Begründung explizit dringestanden, dass das Ganze kostenneutral gemacht werden soll. Und dass es ein Beispiel gäbe dazu.



Jetzt stellt sich ja schon ein bisschen die Frage, was hat denn der Einwohnerrat eigentlich genau überwiesen? Hat er das Postulat überwiesen oder den Antrag des Stadtrats? Und da sind wir eigentlich ganz klar der Meinung, nein, es ist das Postulat. Weil wenn der Rat den Antrag des Stadtrats überweisen würde, hätte der Stadtrat die Möglichkeit, quasi jeden Vorstoss, der aus dem Einwohnerrat kommt, zu torpedieren indem er sagt: ja, ihr könnt das schon haben, aber zu unseren Spielregeln und es kostet dann halt und entsprechend haben wir das einfach zu schlucken. Das heisst, der Rat hätte gar keine Möglichkeit mehr, den eigentlichen Vorstoss anzunehmen oder abzulehnen. Ein Grund, weshalb wir doch der Meinung sind, man müsste zuerst über das Grundanliegen "kostenneutral" reden können, bevor man mit einem Geschäft kommt, das voraussetzt, dass der Einwohnerrat akzeptiert hat, dass es mehr kostet. Es geht uns weniger um die Tatsache, dass es mehr kostet. Es kann sehr gut sein, dass das klar begründet ist, aber die Reihenfolge ist komplett falsch. Warum sollte man zu über das Konzept noch einmal reden? Wahrscheinlich ist den meisten hier drin das sogenannte 80:20-Prinzip bekannt. Mit 20 Prozent des Aufwands kann man 80 Prozent erreichen und mit den letzten 80 Prozent des Aufwands erreicht man noch die letzten 20 Prozent. Es kommt uns sehr stark so vor, wie wenn das Konzept einen starken Fokus auf die letzten 20 Prozent hat mit einem hohen Aufwandanteil, sprich letztendlich auch Kosten. Der grösste Nutzen für die Leute mit einer Beeinträchtigung ist nämlich das Aufheben von Randsteinen bei Trottoirs. Wenn man jetzt konkret bei diesem Geschäft schaut, hat man ein Trottoir, das vom Stadteingang herkommt, mit einem kleinen Absatz, das nachher in die Ringmauergasse hineingeht. Wenn man das Geschäft anschaut, welches wir bereits überwiesen haben, ist das eigentliche Trottoir schon aufgehoben gewesen. Das heisst, der allergrösste Teil ist bereits umgesetzt mit den bisherigen Steinen. Das Konzept geht davon aus, dass die Pflasterung der Altstadt praktisch vollumfänglich ersetzt werden soll. Das heisst, alle diese Pflastersteine schmeisst man irgendwie in die Tonne, kauft neue und verlegt diese neu. Wir sind schon der Meinung, man müsste da eine gewisse Abwägung machen im Zeitalter, wo man von Kreislaufwirtschaft, von Ressourcenschonung und so weiterredet. Dann ist ein Argument für die bearbeiteten Steine, dass wir die besser verlegen können, um kleinere Fugen zu haben. Wenn man einen geringen Fugenanteil hat, dann nimmt aber automatisch die Sickerfähigkeit ab. Auch das, dünkt uns, sollte man abwägen in einem Konzept. Was ist denn höher zu gewichten? Muss man jetzt unbedingt gerade die ganze Altstadt mit neuen Steinen pflastern, so dass sie am Schluss weniger sickerfähig ist? Das heisst, im Sommer wird es noch heisser, als es sonst schon ist. Dies, während die Stadt selbst Veranstaltungen macht, wo erzählt wird, wir müssten schauen, dass wir mehr Böden entsiegeln. Zu diesen Punkten sollte eine Antwort in diesem Konzept drinstehen. Ich habe diese bis anhin noch nicht gesehen, aber es kann ja sein, dass das in der Antwort zum Postulat noch schlüssig erklärt wird, wenn es dann um das Abschreiben geht. Dann noch etwas zum Geschäft selbst: Auf Anhieb sind die CHF 65 pro m² Mehrkosten nicht wirklich nachvollziehbar. Einwohnerrat Michael Wacker hat dann den Fraktionen noch Dokumente dazu geschickt, warum das nachvollziehbar sein soll. Es sind Listenpreise von Lieferanten, von einem Lieferanten notabene, und es stellt sich natürlich schon auch die Frage, wie denn die Stadt – wenn man schon die ganze Stadt mit neuen Steinen pflastern will – diese Steine eigentlich beschaffen will. Bei jedem Geschäft separat über einen Unternehmer oder einmal, um möglichst grosse Mengen zu haben, denn da hätten wir die besten Konditionen? So wie es jetzt daherkommt, übernimmt es jedes Mal der Unternehmer, separate Steine zu kaufen. Wenn es schon ein Konzept gibt, dann soll die Stadt sich überlegen, die Steine, die man ja dann neu haben muss, auch in der Summe – im Sinne eines Rahmenvertrags mit einem Lieferanten – zu bestellen. Dann jetzt noch schnell zum Geschäft: Zwar hat es dort eine Tabelle auf Seite 3 und da wirft die Fussnote auch noch Fragen auf. Die eine betrifft die Mehrkosten von CHF 39'000 Franken. Es hat Fussnoten zu diesen Mehrkosten und zu diesen Minderkosten. Bei den Mehrkosten heisst es, wir müssen CHF 60'000 mehr zahlen, weil es einen Werkleitungsgraben für einen Fernwärmeanschluss gibt. Und bei den Minderkosten

heisst es, wir müssen CHF 50'000 weniger zahlen, weil es einen Werkleitungsgraben von einer Fernwärmeleitung gibt. Ich kann das nur so lesen, dass die Stadt Verträge hat mit der StWZ, welche regeln, dass nicht in allen Gassen die Kostenteiler gleich sind. Vielleicht geht ja der Stadtrat davon aus, dass die Einwohnerräte die Verträge kennen. Wir kennen sie nicht, für uns ist das nicht nachvollziehbar. Aus diesem Grund werden wir nach den restlichen Voten Rückweisung beantragen und wir hoffen auf Unterstützung vom Rest des Rats.

Marco Negri, Fraktionsvotum SVP

Auch wir von der SVP haben das Traktandum stark diskutiert. Wir möchten einleitend einmal positiv festhalten, dass es uns freut, dass der Stadtrat eine Nachtragskreditvorlage erstellt hat und diesen nicht einfach irgendwie durchgewunken oder sogar wegen Dringlichkeit analog zum Eisengrubenweg einfach durchgeboxt hat.

Wir haben aber dann auch genau diese Mehrkosten für die Pflasterung am meisten diskutiert, vor allem die faktische Schaffung eines Präjudizes. Nichtsdestotrotz sind wir aber gleichzeitig - wir haben damals das Postulat von Irma Jordi unterstützt - der Meinung, dass man sich an die Vorgaben und Empfehlungen des Behindertengleichstellungsgesetzes halten muss und werden den Antrag aus diesem Grund grossmehrheitlich unterstützen. Wir halten den Stadtrat an, den Nutzen des neuen Strassenabschnittes für die betroffenen Personen umfassend zu analysieren und die neue Pflasterung für weitere Projekte nur dann zu verwenden, wenn dieser neu verwendete Naturstein den Betroffenen auch wirklich einen nachweislichen Mehrwert bringt.

Stéphanie Szedlák, Fraktionsvotum CVP-Die Mitte

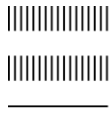
Unsere Fraktion könnte sich fast deckungsgleich dem Votum von Marco Negri anschliessen. Sie ist grossmehrheitlich für den Antrag des Stadtrats, einen Zusatzkredit im Umfang von CHF 51'000 zu bewilligen. Wir befürworten die Stossrichtung, und dass das Postulat "begehbare Altstadt für alle" berücksichtigt wird. Für zukünftige Projekte erwarten wir aber Lösungen, welche kostengünstiger umgesetzt werden können. Wir erwarten, dass sich die Stadtbildkommission und insbesondere deren Präsident dafür einsetzt, dass pragmatische und kostengünstige Lösungen angestrebt werden. Wobei es zu bedenken gilt, dass der entsprechenden Kommission in erster Linie eine beratende Funktion zukommt.

Das Konzept, einen Streifen gehbehindertengerecht zu gestalten, begrüssen wir grundsätzlich, stellen aber die Frage, ob es sinnvoll ist, einen so breiten Streifen zu legen und ob der Vorschlag für die gesamte Altstadt überhaupt finanzierbar ist.

Wir sind der Ansicht, dass nicht die gesamte Altstadt im Maximalverfahren umgerüstet werden muss, sondern dass es auch andere Lösungen für diese Problematik geben müsste. Für die Ringmauer-gasse, welche so schmal ist, scheint der Vorschlag des Stadtrats aber sinnvoll und darum sind wir auch, wie gesagt, grossmehrheitlich für den Antrag.

Robert Weishaupt, Stadtrat

In der Vorlage sind genügend Informationen und auch der FGPK-Sprecher hat bereits alles gesagt. Der Stadtrat braucht einen Zusatzkredit, damit die Bauarbeiten einerseits im Sinn des Konzepts und andererseits inklusive Mehraufwand beim Schützentörchen beendet werden kann. D. h., wir behandeln hier im Grunde genommen nur den Zusatzkredit in der Höhe von CHF 51'000. Wir diskutieren hier also kein Konzept und auch keine Strassenraumgestaltung. Für uns vom Stadtrat ist das einfach ein formeller Akt, so, dass wir das Geld haben, und dass wir auch formell korrekt vorgehen. Was von diesem Konzept punkto begehbare Altstadt angedacht ist, haben wir hier in der Vorlage so abgebildet. Das Konzept hat eine bestimmte Stossrichtung zugunsten einer begehbaren Altstadt; es ist ein Leitfaden für weitere Gassen-Sanierungen. Das Konzept beinhaltet aber auch noch weitere Themen, wie unter anderem auch die Gestaltung von Plätzen. Die Ringmauer-gasse ist jetzt die erste



Gasse, welche wir nach dem neuen Konzept gestalten wollen. Damit wollen wir nachher auch Erfahrungen sammeln, wie sich das Ganze bewährt und diese dann auch bei den nächsten Gassen berücksichtigen. Der Stadtrat wird nicht von sich aus Gassen sanieren. Gassen-Sanierungen werden wie bisher immer einen Treiber brauchen, sprich anstehende Arbeiten wie Werkleitungssanierungen, wie das jetzt auch bei der Ringmauergasse der Fall ist. Wir werfen die Steine, die wir jetzt in der Ringmauergasse haben, nicht einfach weg; diese werden für andere Gassen verwendet oder sie werden in einer Grube gelagert, bis man sie dann irgendwo anders eben braucht. Es werden auch keine Steine auf Vorrat gekauft. Die Steine kann man nach Bedarf in Alpnach bestellen und liefern lassen. Das Konzept ist übrigens in der alleinigen Kompetenz des Stadtrats. Dass das Konzept nicht früher auf der Homepage aufgeschaltet worden ist, dafür möchte ich mich entschuldigen.

Damals bei der Annahme des Postulats hat es keine kritischen Stimmen dazu gegeben, dass wir dann ein Konzept schreiben werden. Jetzt liegt das Konzept vor und es wäre vermutlich auch nicht gut angekommen, wenn wir die Ringmauergasse einfach nach dem alten Konzept wiederhergestellt hätten. Darum haben wir entschieden, wir machen jetzt die Gasse im Grunde genommen fast ein bisschen überschneidend: Mit der Gassensanierung hat man schon angefangen, das Konzept ist gleichzeitig fertig geworden, also tragen wir jetzt dem Konzept auch gerade noch Rechnung. Dann auch zu den Kosten: Ich habe, glaube ich, schon bei der Überweisung des Postulats zur Genüge darauf hingewiesen, dass wir keinen bearbeiteten, behindertengerechten Stein zum gleichen Tarif bekommen wie den alten Stein. Das habe ich gesagt. Und das Altstadtbild könnte auch nicht beibehalten werden, wenn man günstigere Lösungen wie zum Beispiel Teeren o.ä. in Betracht ziehen würde. Ich danke für die Zustimmung zum Zusatzkredit.

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin

Wir berufen uns bei Postulaten auf den Antrag und nicht allein auf die Begründung. Es ist auch im Zusammenhang mit der begehbaren Altstadt ganz klar: Wir müssen zuerst das Konzept erarbeiten und nachher damit die Begehrbarkeit für alle umsetzen. In der Begründung des Postulats ist das mit dieser Kostenneutralität selbstverständlich drin gewesen und es wurde deshalb in der Debatte erläutert, dass das nicht kostenneutral umsetzbar ist. Auch bei diesem Postulat beziehen wir uns also in erster Linie auf einen Antrag im Sinne einer "allgemeinen Anregung".

Attila Gygax, Fraktionsvotum glp

Dass der Stadtrat ein bisschen Mühe hat zuzuhören, was im Einwohnerrat gesagt wird, das haben wir heute auch schon gehört. Und ich schlage vor, dass der Stadtrat dann vielleicht noch einmal das Protokoll der besagten Sitzung durchlesen sollte, wo man das Postulat überwiesen hat. Es sind nämlich durchaus kritische Stimmen gekommen, insbesondere zum Thema, ob das kostenneutral sein soll oder nicht. Darum darf man schon erwarten, dass zumindest, wenn das Konzept erstellt wird, vielleicht auch aufgezeigt wird, warum die Umsetzung dann mehr kosten soll. Das wird es jetzt einfach vorausgesetzt. Wir könnten da, glaube ich, noch lange darüber reden, deshalb stelle ich einen **Ordnungsantrag auf Rückweisung**.

Daniel Gygax, Einwohnerrat

Wenn es um die Kritik am Stadtrat geht, dann nicht einfach nur per se, sondern wenn wir fundierte Argumente haben. Ja, es ist auch in diesem Geschäft vielleicht nicht alles sauber gelaufen. Aber auch wir Einwohnerräte haben eine Verpflichtung. Wir können da vorne starke Voten halten gegen den Stadtrat. Im Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 12. September 2022 steht eine ausführliche Antwort zum Geschäft ER 2021.205. Der Stadtrat hat uns also fast vor einem Jahr ausführlich erläutert, dass wenn wir behinderten- und altersgerechnete Steine in der Altstadt wollen, diese CHF 280 statt CHF 200 pro m² kosten. Das macht nach Adam Riese etwa 40 Prozent mehr. Der Stadtrat

ist bei der Beantwortung des Postulats ehrlich gewesen zu uns. Und wir Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte haben mit 38 zu 0 Stimmen das Postulat überwiesen. Wenn uns die Mehrkosten stören, dann hätten wir nein sagen können. Wir haben an der letzten Einwohnerratssitzung aufgrund der genau gleichen Transparenz des Stadtrats gesagt: Nein, wir wollen nicht eine Stelle schaffen für etwas, das wir nicht nötig finden, wenn es auch anders gehen würde. Wenn ich von Verantwortung rede – vor allem von einer Fraktion, die sich aktuell in der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission nicht engagiert – dann gehört auch das zu unserer Verantwortung. Und von Kleiderordnung reden wir schon gar nicht.

Und vielleicht gleich noch eine Kritik an den Stadtrat: Es ist nicht einfach nur ein formeller Akt. Es gibt auch für den Stadtrat Gesetze und Vorgaben, die einzuhalten sind. Etwas weniger Nonchalance wäre deshalb angebracht. Darum empfiehlt die FDP-Zofingen macht's-Fraktion den Antrag auf Rückweisung abzulehnen und das Geschäft anzunehmen.

Michael Wacker, Einwohnerrat

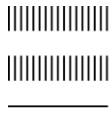
Ich kann mich dem Votum des Vorredners fast vollumfänglich anschliessen. Über die Kleiderordnung diskutieren wir zwar besser an einem anderen Ort, vielleicht in einem informellen Rahmen. Ich habe heute Abend dem Stadtrat schon einmal Unprofessionalität vorgeworfen. Ich werfe es ihm in Teilen noch einmal vor und zwar aufgrund der Ausführungen, welche der zuständige Stadtrat zum Thema Pilot und Erfahrungen heute Abend gemacht hat. Die hätte man vielleicht in die Vorlage hineinschreiben können. Dies hätte uns einiges an Fragen erspart. Andererseits bin ich klar der Meinung – auch wenn die behindertengerechte oder die altersgerechte Ausgestaltung dieser Altstadt-pflasterung vor allem dank Irma Jordi in Zofingen eine gewisse Brisanz bekommen hat – dass wir das ohnehin machen müssen. Das Behindertengleichstellungsgesetz ist absolut eindeutig und verpflichtend. Zurück zum Votum von Daniel Gyga: Ich kann mich ihm bezüglich Professionalität des Einwohnerrates vollumfänglich anschliessen. Es kann nicht sein, dass man ein Jahr nach einer Abstimmung vergessen hat, was damals in der Vorlage gestanden ist. Und ich habe heute Abend schon einmal gesagt: Die Botschaft, welche im Antrag endet, ist Inhalt des Antrags. Also weiss ich, worüber ich abstimme. Ihr habt also vor einem Jahr genau gewusst, über was ihr abstimmt. Es kommt ein Konzept, es kostet so und so viele Franken, und die Mehrkosten hat Daniel Gyga in Franken und Rappen ausgewiesen. Also ich bitte den Rat, dem Rückweisungsantrag der GLP eine eindeutige Abfuhr zu erteilen.

Attila Gyga, Fraktionsvotum glp

Wahrscheinlich ist der Mist schon fast geführt. Zwei Sachen noch: Die Haltung, man hätte Nein stimmen müssen zum Postulat, wenn man mit der Antwort des Stadtrats nicht zufrieden ist, mit dem Postulat aber schon, finde ich ein bisschen gefährlich. Dann will ich auch noch sagen, dass das Behindertengleichstellungsgesetz selbstverständlich bindend ist. Aber die Grundlage, wo drinsteht, ob es jetzt so ein bearbeiteter Stein sein soll oder nicht auch so einen Stein sein kann, wie wir ihn bereits in der Altstadt haben, das ist dann einmal mehr nur so eine Richtlinie, ein Merkblatt oder was auch immer. Wir haben vorher schon gehört, dass dieses nicht gleich bindend ist wie übergeordnetes Recht und dann muss man halt eine Interessensabwägung machen. Wir hätten uns gewünscht, dass aus der Diskussion über die Überweisung des Postulats von Irma Jordi zumindest ein Konzept mit "offenem Ausgang" resultiert hätte. Darum jetzt der Ordnungsantrag.

Tobias Hottiger, Einwohnerrat

Ihr habt euch da jetzt verrannt und am besten wäre es wohl, wenn ihr den Antrag zurückzieht. Dieser macht aus meiner Sicht wirklich keinen Sinn. Der Stadtrat wurde jetzt vielfach kritisiert, dabei hat er wirklich korrekt gehandelt. Es ist relevant, was in der Gemeindeordnung steht. Gemeindeordnung § 27: Postulate sind ein Prüfungsauftrag. Wir können die einreichen und der Stadtrat legt in



seiner Beantwortung die Stossrichtung fest. Irma Jordi hat im Postulat Saldoneutralität bzw. "keine Zusatzkosten" gefordert. Der Stadtrat hat das entsprechend geprüft, ist zum Schluss gekommen, das es nicht ohne Zusatzkosten geht, und hat das in seiner Stellungnahme so ausgewiesen. Wir haben es 38 zu 0 überwiesen. Dann können wir jetzt nicht kommen und sagen, unsere Handlungsfreiheiten werden eingeschränkt. Wenn es einem wirklich darum geht, den Wortlaut zu überweisen, dann müsste man eine Motion machen und dann auch entsprechend dazu stehen. Aber der Fall ist völlig klar. Ich bitte darum, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Abstimmung über die Rückweisung

Der Antrag auf Rückweisung wird mit 3:33 (ja/nein) Stimmen abgelehnt.

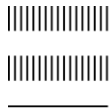
Detailberatung

Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmung

Für die Sanierung und Aufwertung der Ringmauergasse, inkl. Anpassungsarbeiten an das Schützentrörl, sei ein Zusatzkredit von CHF 51'000, zuzüglich allfälliger Bauteuerung, zu bewilligen.

Dem Antrag des Stadtrats wird mit 34:1 (ja/nein) Stimmen zugestimmt.



Traktandum 8

ER.2022.05 1

Postulat von Luc Zobrist (FDP) vom 24. Oktober 2022 betreffend "Vereinfachung des Bewilligungsverfahrens von Veranstaltungen"; Haltung Stadtrat

Eintreten ist nicht bestritten.

Luc Zobrist, Einwohnerrat (Postulant)

Ich bin sehr erfreut gewesen über die Antwort des Stadtrats und möchte mich an dieser Stelle auch dafür bedanken. Aus dieser Antwort geht ganz klar hervor, dass sich der Stadtrat der aufgeworfenen Problematik bewusst ist, und dass er die Stossrichtung des Postulats teilt. Ich glaube zudem, es ist ein breit abgestütztes Anliegen, dass wir für die Veranstalterinnen und Veranstalter, die in Zofingen etwas auf die Beine stellen wollen, möglichst wenig Steine in den Weg legen. Genau darum geht es in dem Postulat und ich möchte auch betonen, dass das Postulat nicht allein aus meiner Feder stammt, sondern auf eine Zusammenarbeit mit Corina Friedrich von den Grünen zurückgeht. Es ist also quasi ein parteiübergreifendes Postulat der Fraktionen FDP-Zofingen macht's und der Grünen. Wir hoffen natürlich, dass das Anliegen auch bei den anderen Fraktionen auf Anklang stösst. Ich glaube, es würde Zofingen guttun, wenn man den Aufwand und den Prozess bei Bewilligungsverfahren für Veranstaltungen konsequent verschlanken, digitalisieren und beschleunigen könnte. Darum bitte ich Sie, der Überweisung an den Stadtrat zuzustimmen.

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin

Das Postulat rennt in gewissem Sinne offene Türen ein. Wir haben in anderem Zusammenhang gesagt, wir wollen diese Prozesse anschauen. Diese Prozesse sollen schlank und einfach sein für die Kundinnen und Kunden; das heisst für die Bevölkerung und eben auch für Veranstalter. Und trotzdem ist es wichtig, dass man natürlich gewisse Leitlinien hat, gerade die ganzen Sicherheitsvorschriften müssen eingehalten werden. Aber wir wissen, wir können da sicher noch einen Zacken zuzulegen bezüglich Verschlinkung dieses Bewilligungsprozesses. Darum sind wir auch bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

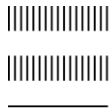
Das Wort wird nicht weiter verlangt.

Abstimmung

Das Postulat sei an den Stadtrat zu überweisen.

Das Postulat wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.

Der Vorstoss ist online auf www.zofingen.ch/einwohnergemeinde einsehbar.



Traktandum 9 – Umfrage

Hinweis zur Protokollführung

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Daniel Gygax, Einwohnerrat

Es gibt einen Link auf der Website, der heisst "hängige parlamentarische Vorstösse". Das am längsten hängige Geschäft ist tatsächlich vom 27. März 2006. Aufgrund von aktuellen Medienmitteilungen ist meine Frage: Wann wird der parlamentarische Vorstoss zum Thema Abdankungshalle Rosengarten beantwortet?

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin

Das wird immer auch im Jahresbericht abgehandelt. Es ist so, es hat einige Altlasten oder Sachen, wo der jetzige Stadtrat das Interesse hat, das bearbeiten zu können und euch Bericht und Antrag zu stellen. Im Jahresbericht haben wir zur Abdankungshalle geschrieben, dass wir Bericht und Antrag im Zusammenhang mit der Abdankungshalle voraussichtlich im Jahr 2024 machen werden. Wir sind jetzt gerade mit der Geschäftsplanung vom nächsten Jahr beschäftigt und dadurch, dass wir jetzt auch eine neue Möglichkeit der Aufbahrung im Spital haben, haben wir eine wichtige Grundlage schaffen können, dass die Abdankungshalle freigespielt wird. Wir werden euch den Bericht und die Anträge zu diesem Postulat nächstes Jahr also tatsächlich stellen können.

Karin Burkard, Einwohnerrätin

Ich habe mehrere Fragen. Wie weit ist das Verkehrskonzept zum neuen Oberstufenzentrum? Wir haben auch gesehen, dass es kein Trottoir gibt auf der Baustelle beziehungsweise auf der Schützenstrasse. Wurde das bewusst so gewählt und gäbe es die Möglichkeiten, auch dort noch einen Streifen freizuhalten für die vielen Fussgängerinnen und Fussgänger bzw. Schülerinnen und Schüler, welche durchgehen? Wie weit ist die Überarbeitung des KGV und wie sehr schliesst sie sich am Verkehrskonzept des Oberstufenzentrums an?

Robert Weishaupt, Stadtrat

Das ist in der Anfangsphase; wir haben es ja erst jetzt an die Hand genommen. Dazu ist auch zu sagen: Die Schützenstrasse ist gesperrt für jeglichen Verkehr und aus diesem Grund gibt es dort auch kein Trottoir. Das Verkehrskonzept, also das BGK, das ist jetzt in Bearbeitung, welche rund ein Jahr dauern dürfte. Anhand von dem, was bei diesem BGK herauskommt, werden wir Massnahmen ergreifen auf dieser Strasse.

Beim KGV sind wir leider noch nirgends. Uns fehlen die Ressourcen.

Anders Sjöberg, Einwohnerrat

Wir haben ja ein paarmal in der Vergangenheit über 30er-Zonen auf Kantonsstrassen gesprochen. Was weiss der Stadtrat über den aktuellen Stand beim Kanton zu den 30er-Zonen auf Kantonsstrassen?

Robert Weishaupt, Stadtrat

Das betrifft ja bei uns die Strengelbacherstrasse und die Rosengartenstrasse, welche beide entlang von Schularealen führen. Dort haben wir mittlerweile ein Verkehrsgutachten bekommen. Nachdem der Regierungsrat gesagt hat, wir machen keines, haben wir gesagt, doch, wir wollen eines. Wir haben das dort auch durchgebracht und er hat dann doch eines gemacht. Fazit: Das Gutachten des

BVU kommt zum Schluss, dass aus Sicht des Strasseneigentümers, sprich des Kanton, Tempo 30 nicht nötig ist. Wir vom Stadtrat sind da natürlich anderer Meinung und lehnen den Entscheid ab. Wir haben das Ressort Tiefbau beauftragt, einen Besprechungstermin mit dem Vorsteher des Departements Bau, Stephan Attiger, zu organisieren. Der Termin steht noch nicht fest.

Michael Wacker, Einwohnerrat

Diesen Frühling hat offenbar eine Behördenvernehmlassung stattgefunden zum Betriebs- und Gestaltungskonzept auf der General-Guisan-Strasse. Diese soll breiter werden, respektive dort müssen künftig Veloverkehr, Fussverkehr, Schwerverkehr etc. auf dem gleichen Perimeter abgehandelt werden. Die Strasse braucht also mehr Platz. Die Konsequenz liegt auf der Hand. Meine Frage: Ist das Thema Kreisverkehr um die Altstadt in der ständerätlichen Antwort diesbezüglich auch in Betracht gezogen worden?

Robert Weishaupt, Stadtrat

Diese Frage haben wir hier schon mehrmals beantwortet und das eigentlich immer gleich: Der Mehrverkehr von ÖV und MIV wäre viel zu hoch. Das lehnen vor allem die ÖV-Betreiber ab. Es würde im Grunde genommen etwa eine Viertelmillion Franken an Mehrkosten alleine für den ÖV entstehen. Es würde auch Mehrverkehr geben für den MIV und für den Güterverkehr. Wenn man bspw. von Strengelbach her via einer der beiden Unterführungen Richtung Vorstadt und Unterer Vorstadt fahren will, dann müsste man ja nachher rund um die Stadt herumfahren. Ihr seht das jetzt heute, wo die Grabenstrasse unten zu ist: Es gibt relativ viel Rückstau dort. Das Einbahnregime müsste auch für die Velofahrer im Grunde genommen für den Gegenverkehr freigegeben werden, weil ich nicht glaube, dass die Schüler, welche nachher Richtung Wikon fahren wollen, noch einmal rund um die Stadt fahren wollen.

Bei der Behördenvernehmlassung zur General-Guisan-Strasse ist es nicht um den Kreisverkehr gegangen, sondern um die Geschwindigkeit, die Massnahmen für den Fuss- und Veloverkehr, die Querungen und so weiter. Wenn man den Kreisverkehr hätte machen wollen, dann hätte es die beiden Kreisel, welche bereits gebaut worden sind, gar nicht gebraucht.

Hans Rudolf Sommer, Einwohnerrat

Am 1. Januar 2023 ist das neue Velogesetz in Kraft getreten. Artikel 3 des Gesetzes heisst: Velowegnetze für den Alltag. Und die Velowegnetze für den Alltag, die liegen in der Regel in einer Siedlung oder zwischen zwei Siedlungen. Die SP möchte vom Stadtrat wissen, welche Massnahmen er bezüglich der Umsetzung plant?

Robert Weishaupt, Stadtrat

Das Velogesetz ist primär ein Gesetz, das vom Bund auf den Kanton hinuntergeht und nicht auf die Gemeinde. Wir machen mit dem weiter, was wir bereits angedacht haben und diese Massnahmen enden grösstenteils nicht an der Gemeindegrenze. Darum ist dort vorwiegend der Regionalplaner im Lead. Die einfachen Massnahmen sind bereits umgesetzt, die schwierigen sind eben auch schwierig umzusetzen, und darum brauchen diese auch mehr Zeit.

Der Kanton plant zusammen mit den Gemeinden von zofingenregio die regionale Vorzugsroute, welche der Grosse Rat im Richtplan festgesetzt hat. Das ist etwa das, woran jetzt hauptsächlich gearbeitet wird.



Salome McNaught, Einwohnerrätin

Wir haben kürzlich Informationen bekommen zur Organisationsentwicklung und deren aktuellem Stand. Mich würde interessieren, ob im Rahmen dieser Organisationsentwicklung auch Überlegungen bezüglich der Kommissionen stattfinden. Was ist Sinn und Zweck dieser Kommissionen? Was haben Sie für eine Aufgabe und wer ist dabei?

Christiane Guyer, Stadtpräsidentin

Diese Kommissionen sind gewählt bis Ende 2025. Ich habe hier auch schon einmal ausgeführt, dass es verschiedene Arten von Kommissionen gibt: Beratende, politische aber auch ausführende Kommissionen. Gerade im Zusammenhang mit der "Organisation Stadtrat" oder grundsätzlicher Art, werden wir sicher auch die Frage noch einmal bearbeiten und anschauen, wo welche Kommission Sinn macht. Auch im Hinblick auf die neue Legislatur werden wir das miteinander sicher nochmals besprechen.

Raphael Lerch, Einwohnerrat

Wir haben jetzt schon längere Zeit neue Parkautomaten in der Altstadt. Wann kommt das neue Reglement dazu?

Robert Weishaupt, Stadtrat

Das ist aktuell im Stadtrat in Bearbeitung.

Attila Gygax, Einwohnerrat

Wir haben hier drin einmal über den Eisengrubenweg abgestimmt und es hat hitzige Diskussionen darüber gegeben, wie breit die Strasse sein soll. Anwohner, die angeblich so wahnsinnig gut in dieses partizipative Verfahren eingebunden waren, haben sich überlegt, Einwendungen zu machen und sind entsprechend auf die Stadt zugekommen. Die Leute haben dann offenbar mit der Stadt Kontakt gehabt und dann ist ihnen angeraten worden, sie sollen doch keine Einwendung machen, sondern einen Antrag stellen, welchen die Stadt beantworten und behandeln würde. Das sei viel unkomplizierter und entsprechend würde man auch das Projekt, welchem die Anwohner grundsätzlich wohlwollend gegenüberstehen, nicht verzögern. Der Antrag ist vom 1. Februar 2022 und eine Antwort haben die Leute offenbar bis jetzt noch nicht bekommen. In diesem Zusammenhang zwei Fragen: Ist das ein übliches Vorgehen, dass man bei Projekten während dem Aufliegen für eine Bewilligung den Leuten empfiehlt, Antrag zu stellen und keine Einwendungen zu machen? Ist das gängige Praxis hier in Zofingen? Zweitens, wann dürfen die Leute wohl mit einer Antwort rechnen?

Robert Weishaupt, Stadtrat

Die Frage wird entgegengenommen und in der nächsten Einwohnerratssitzung beantwortet.

Christian Nöthiger, Ratspräsident

Der Präsident bedankt sich für die engagierte Debatte. Er weist auf die nächste Einwohnerratssitzung vom 23. Oktober 2023 hin und schliesst die Sitzung um 21.20 Uhr.

Zofingen, 12. Dezember 2023

EINWOHNERRAT ZOFINGEN


Dr. Christian Nöthiger
Ratspräsident


Patrick Siegrist
Ratssekretär